

**Haushaltsrede im Stadtrat Koblenz von Stephan Wefelscheid, MdL
Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER, zum Haushalt 2026**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Einen unausgeglichene Haushalt mit einem Defizit von 44,3 Millionen Euro zu beschließen macht keine Freude. Erst recht nicht, wenn der Ausblick noch düsterer ist. Auf 44,3 Millionen Euro folgen im nächsten Jahr 48,8 Millionen Euro, dann 47,4 Millionen Euro, dann 53,4 Millionen Euro...usw. und so fort. Lange geht das nicht mehr gut. Da klingt es wie Hohn in meinen Ohren, wenn die Landesregierung sich vorgestern bei der Beratung vom Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens hinstellt und betont, dass kein Bundesland in den letzten Jahren so viele kommunale Schulden abgebaut habe, wie Rheinland-Pfalz. Denn ganz ehrlich: was nützt die schönste Altschuldenübernahme, wenn die kommunale Finanzausstattung zur Finanzierung des Laufenden nicht reicht! Es fehlen schlicht und ergreifend jährlich rund 300 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich. Wir FREIE WÄHLER hatten mehrfach im Landtag beantragt diese Gelder in den Haushalt einzustellen, jedesmal wurde dies von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Für kommendes Jahr ist die Evaluation des bestehenden Systems versprochen. Wir werden sehen, ob das nach der Landtagswahl noch spruchreif ist. Bis dahin gilt es das Beste aus der Lage zu machen. Und das haben wir in Koblenz auch getan. Denn das Defizit wäre wesentlich höher, hätte nicht die Partnerschaft der Verantwortung aus FREIE WÄHLER, SPD, Grünen und Linke zum Haushalt 2025 den Mut besessen, den Grundsteuerhebesatz zu erhöhen.

Wäre es nach der CDU gegangen und hätten wir die Anpassung damals nicht vorgenommen, würden wir heute noch schlechter dastehen. Und was hat die CDU im

Land das rheinland-pfälzische Grundsteuermodell schlechtgeredet, nur weil wir im Land das Bundesmodell angewandt haben. Es sei rechtlich nicht haltbar, hieß es. Es verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz hieß es. Das würde alles nicht halten, hieß es. Tja, mittlerweile hat der Bundesfinanzhof die Klagen abgewiesen und die neue Grundsteuer für rechtens erklärt. Mit der CDU und ihrer Lust zu klagen ist das auch so eine Sache. Unter Top 15 haben wir zum Glück die Beschlussvorlage zur Aufhebung des Ratsbeschlusses bzgl. der Klage gegen das Land. Die Zeit, die wir für die Anhörung aufgebracht haben, hätten wir uns auch sparen können. Da kam nämlich überhaupt nichts neues raus. Und spätestens mit der Zusicherung des Landes, die Bescheide für die Schlüsselzuweisungen nachträglich anzupassen, falls der VGH das LFAG oder das LHG für verfassungswidrig erklären sollte, ist der Drops doch gelutscht. Da macht es liebe CDU doch überhaupt keinen Sinn mehr, an dieser unsinnigen Klage festhalten zu wollen. Zumal eine solche die Stadt 700.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten kosten würde. Da investieren wir doch lieber in Schulen, Bildung und die Zukunft unserer Stadt!

2. Liebe CDU, zu Frieden mit Ihrer Arbeit in Berlin für die Kommunen sind wir nicht. Was wurde uns vor einem Jahr von Friedrich Merz alles versprochen. „Jetzt darf auch mal rambo zambo sein“ hieß es. „Der Herbst der Reformen steht vor der Tür“ hieß es. Und was ist passiert? Jetzt haben wir schon den 12. Dezember, es ist Winter und Weihnachten steht vor der Tür, aber keine Reformen. Von denen ist weit und breit nichts zu sehen. Dabei wären diese so nötig gewesen. Mit rund 182 Millionen Euro entfällt der größte Anteil der städtischen Gesamtaufwendungen auf die Aufwendungen der Sozialen Sicherung. Dies ist ein Bereich, den wir als Stadtrat so gut wie nicht steuern können, weil er zum gesetzlichen Pflichtaufgabenbereich der Stadt zählt. Mit 156 Millionen Euro weist eben dieser Teilhaushalt auch den größten Zuschussbedarf aus. Dieser ist gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,2 Millionen Euro gestiegen. Damit stehen wir aber nicht alleine. Diese Entwicklung ist praktisch in allen deutschen Städten zu verzeichnen. Da läge es doch auf der Hand, als neue

Bundesregierung die Ärmel endlich hochzukrempeln und die notwendigen Reformen anzustoßen. Das Gegenteil war dann aber der Fall! Statt für eine spürbare finanzielle Entlastung im Sozialbereich zu sorgen, wurde mit der Rausnahme der Ukrainer aus dem Bürgergeld die Lage für die Kommunen noch schlimmer gemacht! Getrieben von Umfrageprognosen der Demoskopen und der Angst vor den Stimmenzuwächsen der AfD war es für Friedrich Merz zu verlockend, diesen populistischen Schritt zu gehen. Klingt ja auch erstmal nach harter Hand und starkem Mann, wenn man den nach Deutschland geflüchteten Ukrainern kein Bürgergeld mehr zahlt. Das Problem daran liegt allerdings darin – meine liebe Ratskollegin Kim Theisen hatte bereits darauf hingewiesen – , dass für diese Menschen seit dem 01.04.2025 wieder die Kommunen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständig sind! Bekamen sie bisher 563 Euro Bürgergeld vom Jobcenter, also Geld aus dem Bundesetat, bekommen sie jetzt 441 Euro vom Sozialamt, also von der Stadt. Nach ersten Schätzungen liegen die kommunalen Mehrkosten für den Rechtskreiswechsel – raus aus dem Bürgergeld, rein in das Asylbewerberleistungsgesetz – für den Zeitraum April bis Dezember 2025 bei 264 Millionen Euro. Hiervon erstattet der Bund keine direkten Leistungen, die Bundesländer beteiligen sich laut dem deutschen Städtetag i.d.R. mit knapp 40%. Was das Land Rheinland-Pfalz der Stadt Koblenz wird erstatten können, steht noch nicht fest. Frau Ministerin Katharina Binz erklärte vorgestern im Landtag anlässlich der Verabschiedung des Abschiebehaftvollzugsgesetzes, dass ihr Ministerium die finanziellen Auswirkungen des Rechtskreiswechsels noch prüfe. Geholfen hat diese Aktion bisher nur einem: dem Bund. Dieser spart nämlich einen höheren Betrag ein, da nun die niedrigeren Asylbewerberleistungen von der Kommune statt vom Bund gezahlt werden und die Arbeitslosenversicherung sowie der Bereich Markt und Integration im SGB II um die Gewährung von Maßnahmen erleichtert wird, ebenfalls zu Lasten der Kommunen. Statt dem Jobcenter werden wir als Stadt künftig in die notwendigen Integrationsmaßnahmen investieren müssen. Danke Friedrich Merz für gar nichts.

3. Aber auch das während der letzten schwarz-roten Koalition noch unter Kabinett Merkel beschlossene Ganztagsförderungsgesetz macht uns finanziell zu schaffen. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen wird im 8. Sozialgesetzbuch geregelt und sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor. Der Rechtsanspruch gilt auch in den Ferien. Wie sich aus Seite 375 des Haushaltes ergibt, sind alleine für die Ferienbetreuung Mittel in Höhe von 60.000 Euro eingestellt. Das Gute ist, dass zumindest Freie Träger, die Ferienbetreuung anbieten, daraus mitfinanziert werden können.

4. Womit wir bei Kindern sind: die Stadt hatte eigentlich eine Erhöhung der Essensbeiträge in den städtischen Kitas Eulenhorst, Pustebume, Zauberland und Rappelkiste eingeplant. Der Haupt- und Finanzausschuss hat beschlossen, auf diese Erhöhung zu verzichten. Wir FREIE WÄHLER sind dankbar für diese Entscheidung und froh, dass den Eltern in diesen finanziell schwierigen Zeiten wenigstens diese Erhöhung erspart bleibt.

5. Wichtig für die Zukunft der Stadt ist auch die Mittelerhöhung bei der Maßnahme „Globale Lebendige Innenstadt“. Namens der Fraktion bedanke ich mich insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und Linke-Fraktion für die Erhöhung des Haushaltsansatzes um insgesamt 250.000 Euro auf 350.000 Euro, sind darin doch die Gelder für die Installation von 5 neuen Trinkbrunnen enthalten. Wir FREIE WÄHLER erachten dies als eine wirklich sinnvolle Maßnahme zur Steigerung der Aufenthaltsqualität und der Klimaanpassung. Da der Baudezernent den diesbezüglichen Förderantrag unmittelbar beim Land stellen wird, gehen wir derzeit davon aus, dass mit beginnendem Sommer die ersten neuen Brunnen schon in Betrieb gehen können. Was die konkrete Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes kurz ISEK betrifft, nehmen wir den Baudezernenten allerdings auch beim Wort, dass die einzelnen Maßnahmen vor Umsetzung in den Gremien beraten und auch beschlossen werden müssen. Eine Situation, wie derzeit am Peter-Altmeier-Ufer (PAU), darf sich nämlich nicht

wiederholen! Wer auch immer sich das mit diesen Einbauten ausgedacht hat: es kann kein Einheimischer sein. Denn auf die Idee, dass diese Einbauten tatsächlich zu einer Verdrängung des PKW Verkehrs führen könnte, können nur auswärtige ohne Kenntnis der Ortslage kommen. Wohin sollen denn die PKW verdrängt werden? Auf den Friedrich-Ebert-Ring? Jeder Koblenzer weiss, dass das PAU als Entlastungsstraße gebraucht wird. Wenn bei Hochwasser die Uferstraße gesperrt ist, setzt das Verkehrschaos in Koblenz ein. Es sind schlicht zu viele Fahrzeuge für die wenigen Straßen. Hätte man uns gefragt, hätten wir dem Baudezernat direkt gesagt, wie man Autopser und Raser stoppt: nämlich mit einer Kombination aus Schwellen, Blitzern und Überwachung. So, wie es jetzt nach diesem teuren verkehrspolitischen Feldversuch kommen wird. Das Geld hätte man sich sparen können. Unsere Anfrage, was diese Einbauten gekostet haben, wird Ihnen die Tage zugehen, Herr Oberbürgermeister.

6. Wenn wir beim Bauen sind, komme ich nicht umhin auch die Defizite im kommunalen Wohnungsbau ansprechen zu müssen. Der Wohnungsmarkt ist angespannt und besonders im Sozialbereich. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum übertrifft bei weitem das Angebot. Was neu gebaut wird, ist vergleichsweise teuer und ist für viele Menschen schlicht nicht bezahlbar. Wer Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein hat, findet oft keine Wohnung. Dies liegt auch daran, dass die Zahl der Sozialwohnungen aufgrund des Auslaufens der Bindungsfristen stark zurückgeht. Dieses Auslaufen der Bindung ist das zentrale Problem, denn es wurde überhaupt nicht so gebaut, dass man dieses Auslaufen ersetzt hätte. Im Glauben daran, dass die Privatwirtschaft es schon richten werde, hat man die Sache laufen lassen. Mit fatalen Folgen. Mit dem Wechsel an der Spitze der Koblenzer Wohnbau und vor allem dem Wechsel im Vorsitz des Aufsichtsrates – weg von Sozialdezernentin Mohrs, hin zu Baudezernent Lukas – verbinden wir auch die Erwartungshaltung, dass wir jetzt endlich auch in Koblenz den „Bauturbo“ zünden und damit beginnen neuen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Menschen

warten schon zu lange darauf. Mit der Maßnahme „Schaffung von Wohnraum“ stehen wieder 1 Millionen Euro im Haushalt. Herr Baudezernent Lukas: das eine ist der Neubau, das andere ist aber auch sich im Bestand umzuschauen. Jeden Monat kommen gebrauchte Immobilien auf den Markt oder bei Gericht unter den Hammer. Den Bestand erweitern kann man auch durch Zukauf. Das Geld stellen wir Ihnen mit diesem Haushalt zur Verfügung. Nutzen Sie dies bitte und erweitern Sie den Bestand. Denn bis die neuen Objekte gebaut sind, vergeht noch viel Zeit. Da braucht es kurzfristige Lösungen.

7. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl dieser Haushalt ein erhebliches Defizit ausweist und auch die finanzielle Zukunft nicht rosig aussieht, wird die FREIE WÄHLER Fraktion diesem Haushalt zustimmen. Dies darf auch als Vertrauensbeweis in die Arbeit der städtischen Verwaltung gesehen werden. Wir wissen um die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich das Beste für unsere Bewohner rausholen müssen und auch rausholen und bedanken uns daher ausdrücklich bei der Belegschaft für ihren Einsatz zum Wohle unserer Stadt.

Unsere Erwartungshaltung ruht jetzt auf den Schultern der Ratskollegen und Bundestagsabgeordneten Dr. Thorsten Rudolph und Josef Oster, dass wenigstens im Jahr 2026 mit den notwendigen Reformen begonnen wird. Das Jahr 2026 muss zum Jahr der Reformen werden, sie sind zum Erfolg verdammt, ob sie wollen oder nicht.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

- Es gilt das gesprochene Wort -

